

Titel/Euro

Der Euro rollt - das Risiko fährt mit

Von Rüdiger Holecek

Einhundert Jahre und ein paar Tage ist es her, als die wohl berühmteste Bande der Jahrhundertwende unter ihrem Anführer Butch Cassidy in Montana ihren letzten und einen der größten Eisenbahnüberfälle des Wilden Westens beging. Nachdem sie den Safe im Expresswagen der Great Northern Railway mit Dynamit geöffnet hatten, wanderten 40 000 Dollar in die Satteltaschen der Zugräuber. Obwohl in der damaligen Zeit von legendärer Kaufkraft, war die Beute ein Pappenstiel im Vergleich zu dem, was Züge und Sattelzüge in diesen Wochen über Schienen und Straßen schleppen. Mit 6 Milliarden Euro-Münzen und 2,6 Milliarden Euro-Banknoten in einem Gesamtwert von fast 300 Milliarden Mark müssen allein in Deutschland die Kreditinstitute ausgestattet werden, um den Währungsumtausch vorzunehmen

Butch Cassidy mit seiner Firma hätte alle Hände voll zu tun gehabt: Die Menge der Euro-Noten entspricht 250 Lkw-Ladungen und um die Münzen zu transportieren, würden 100 Güterzüge mit je 30 Waggons benötigt. Gleichzeitig sind 2,6 Milliarden Stück DM-Banknoten im Wert von über 260 Mrd. Mark und 28,5 Mrd. Stück DM-Münzen im Wert von 9,5 Mrd. Mark auf der Rückreise. Insgesamt werden in der europäischen Währungsunion zur Einführung des Euro nach heutigem Stand rund 14,25 Milliarden Banknoten in einem Gesamtwert von rund 600 Milliarden Euro (oder fast 1,17 Billionen Mark).

Jörck Ziercke, Vorsitzender des Arbeitskreises II "Innere Sicherheit" der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder weiß davon zu berichten, wie vielen Beteiligten bei der Euro-Einführung der Wunsch nach allumfassender Aufgabenwahrnehmung durch die Polizei abgeschlagen werden musste. Allein die finanziellen Belastungen durch Maßnahmen des Selbstschutzes und durch die Erhöhung der Sicherheitsvorsorge bei Geldinstituten, dem Handel oder bei den Transporteuren bewegte die Betroffenen, nach der Polizei zu schießen. Aber: Durchgängige Objektschutzmaßnahmen und lückenlose Transportbegleitungen durch die Polizeien des Bundes und der Länder kann es schon deshalb nicht geben, weil sich die Polizei selbst einem Lagebild gegenüber sieht, das sich gewaschen hat. Allein die Dimension der Gefahr der Geldwäsche, für die Wirtschaft zumindest auf dem ersten Blick nicht von vordringlicher Bedeutung, erfordert das Ausschöpfen aller fachlichen Ressourcen bis hin zu den Grenzkontrollen. Neben den polizeilichen Notwendigkeiten, sich auf eine starke Zunahme von Tatbegehungsmöglichkeiten einzustellen, wird es in der heißen Umtauschphase nötig sein, das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu stärken, und das geht nur mit erhöhter Präsenz. Was für den Bürger an Polizei nicht sichtbar ist, arbeitet ohnehin schon seit Monaten auf Hochtouren, um zu beraten, zu organisieren und damit eine effiziente Zusammenarbeit aller beteiligten Behörden und Institutionen sicherzustellen.

Seit gut einem Monat läuft die so genannte Frontloading-Phase, in der das neue Geld zunächst einmal in die dafür bestimmten Tresore wandert. Sind Transporte und Aufbewahrung vornehmlich Sache der Geldinstitute, Sicherheitsunternehmen und Geld- und Werttransporteure, so ist hier die Polizei mit offener und verdeckter Aufklärung in der Pflicht.

Die Umstellung auf den Euro ist mit Risiken für die öffentliche Sicherheit und mit Kriminalität verbunden. Allein in der Umtauschphase sind die möglichen Szenarien für Straftaten nahezu unbegrenzt. Allerdings hat genau in dieser Phase auch die Polizei einige Chancen. Eine erste gründliche Analyse unter dem Titel "Kriminalität und kriminogene Faktoren bei der Einführung des Euro" hatte das Bundeskriminalamt bereits 1999 vorgenommen, eine Arbeit, die in den darauf folgenden Monaten zum Standardwerk wurde.

Falschgeld

Mit dem Umtausch der Bargeldbestände, die in Staaten Mittel- und Osteuropas als Parallelwährung umlaufen, werden die dort überdurchschnittlich hohen Anteile an Falschgeld insbesondere in den deutschen Währungsraum zurückfließen. Gefälschte Euro-Scheine zu erkennen, bedarf umfassender Kenntnisse der neuen Währung. Euro-Banknoten werden nämlich anhand einheitlicher Vorgaben des Europäischen Währungsinstitutes (EWI) über Aussehen, Beschaffenheit und Sicherheitsmerkmale von verschiedenen nationalen Wertpapierdruckereien hergestellt. Verschiedene Produktionsstätten und Druckverfahren können zu Abweichungen von den Vorgaben führen. Gerade in der Umtauschphase wird das Kassenpersonal sowohl in den Banken als auch später im Einzelhandel großen Belastungen ausgesetzt sein. Arbeitsüberlastung und die mögliche Unkenntnis über die bisherigen nationalen Währungen und ihrer Sicherheitsmerkmale begünstigen die Annahme von Falschgeld in allen Staaten der Währungsunion.

Geldwäsche

Ein Hauptaugenmerk haben die Sicherheitsbehörden im Zuge der Euro-Umstellung auf die Geldwäsche, also die Transformation illegal erwirtschafteter Gelder in Vermögenswerte mit dem Ziel, den Anschein des legalen Erwerbs zu erwecken. "Geld stinkt nicht", sagt der Volksmund, also könne es egal sein, woher es kommt. Die Weisheit stammt jedoch aus einer Zeit, in der man sich die Mengen der heute umlaufenden Summen aus Drogen-, Menschenhandel- und Waffengeschäften nicht vorstellen konnte, deren finanzielle Macht durchaus in der Lage sind, ganze Volkswirtschaften zu zerstören. "Geldwäsche ist das Herzstück der Organisierten Kriminalität", stellte der Sondergipfel der Europäischen Union im Oktober 1999 in Tampere (Finnland) fest; sie gelte es "auszumerzen", wo immer sie vorkomme.

Die Umtauschphase bietet auch Geldwäschern zusätzliche Tatgelegenheiten, insbesondere bei der Umwandlung von Bargeld in Buchgeld. Auf die Beschäftigten der Kreditinstitute kommt gerade in der Umtauschphase eine große Belastung zu. Dennoch muss ungeachtet des Massenumtauschgeschäfts darauf gedrängt werden, dass die gesetzlichen Verpflichtungen strikt einzuhalten sind und die Sicherheitsstandards uneingeschränkt gewährleistet werden. Das Kassenpersonal muss gerade in dieser Phase auf die Gefahr verstärkter Geldwäscheaktionen hingewiesen werden und den Verpflichtungen nach dem Geldwäschegesetz (Verdachtsanzeigen) in jedem Fall nachkommen. Die Geldwäschebekämpfung stützt sich neben dem Straftatbestand der Geldwäsche (§ 261 StGB) einschließlich der Verfahrensregeln in der StPO und der Abschöpfung illegal erworbener Gewinne im Wesentlichen auf die Informationsabschöpfung von den nach dem Geldwäschegesetz verpflichteten privaten Institutionen und die Informationsgewinnung aus der Überwachung des grenzüberschreitenden Waren- und Bargeldverkehrs.

Die originäre Zuständigkeit bei der Erforschung und Verfolgung der international organisierten Geldwäsche und der mit der Geldwäsche verbundenen Grunddelikte - soweit sie in Verbindung mit dem Wirtschaftsverkehr mit anderen Staaten stehen - hat nach dem 1993 in Kraft getretenen Geldwäschegesetz der Zollfahndungsdienst. Im Zusammenhang mit der Einführung des Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität am 9. Mai 1998 wurde der Bundeszollverwaltung als neue Aufgabe die Überwachung des grenzüberschreitenden Bargeldverkehrs übertragen. Die Auswertung von Ermittlungsverfahren im Geldwäschebereich habe, so Dr. Jürgen Rump vom Zollkriminalamt auf einer internationalen Konferenz zur Euro-Einführung im Juni in Schwerin bestätigt, dass die Straftäter ihre in Deutschland oder in anderen Ländern illegal erworbenen Vermögenswerte in vielen Fällen unter Umgehung der Vorschriften des Geldwäschegesetzes nicht durch unmittelbare Infiltration in den Finanzkreislauf platzieren, sondern ihre erwirtschafteten Gewinne körperlich bar über die Grenze verbringen, um sie in Ländern zu investieren, in denen entweder keine Geldwäschebekämpfungsstrategie oder nur eine geringe Repressionsintensität besteht. Ein Schwellenbetrag bei Einzahlungen gilt übrigens nicht nur am Bankschalter: Auch der Reisende hat nach ausdrücklicher Aufforderung durch den zuständigen Zollbediensteten bzw. des Bundesgrenzschutzes eine Erklärung über das von ihm mitgeführte Bargeld oder die gleichgestellten Zahlungsmittel abzugeben, wenn der Wert der Zahlungsmittel 30.000 Mark oder mehr beträgt. Allein im vergangenen Jahr haben Bundesgrenzschutz und Zollverwaltung insgesamt 2745 grenzüberschreitende Zahlungsmitteltransporte mit einem Gesamtvolumen von rund 324 Millionen Mark in Schecks, Wertpapieren und Bargeld festgestellt. Bei nahezu jeder vierten der Kontrollen wurden unzutreffende Angaben über Herkunft und Verwendungszweck gemacht. Dr. Rump wies darauf hin, dass sich in den osteuropäischen Ländern größere DM-Bargeldbestände befinden, insbesondere in den Ländern, in denen die D-Mark Parallelwährung ist, wie beispielsweise in Mazedonien, im Kosovo und in baltischen Staaten. Daher sei vor allem im Bereich der Grenzen zu Polen und der Tschechischen Republik mit verstärkten Bargeldtransporten zu rechnen. Auch die Geldwäsche im Rahmen legaler oder vorgetäuschter Handelstätigkeit, die schon jetzt auf sehr hohem Niveau stattfindet, wird nach Einschätzung des Zollkriminalamtes zunehmen. Sie besteht aus Über- oder Unterfakturierung von Warensendungen bei der Ein- oder Ausfuhr oder darin, dass von Drogengeldern teure Luxuswaren wie zum Beispiel schnelle Autos, Flugzeuge oder Yachten bar gekauft und anschließend an Empfänger im Ausland exportiert werden.

Geldlagerung und -transporte

Vor und in der Umtauschphase wird die Zunahme der Tatgelegenheiten zu einer Steigerung der Zahl von Überfällen und Eigentumsdelikten im Zusammenhang mit Geldtransporten und der Lagerung vorab produzierter Euro-Banknoten und -münzen sowie abgegebener nationaler Währungen führen. Es ist auch damit zu rechnen, dass infolge des West-Ost-Wohlstandsgefälle verstärkt kriminelle Banden aus dem mittel- und osteuropäischen Staaten die neuen Tatgelegenheiten nutzen werden.

Grauer Kapitalmarkt

Es wird damit gerechnet, dass durch die Verunsicherung in Teilen der Bevölkerung hinsichtlich der Stabilität des Euro zusätzliche Anleger auch in zweifelhafte

Kapitalanlagen auf dem grauen Kapitalmarkt treibt und damit nicht abschätzbare Vermögensschäden entstehen.

Kapitalflucht

Die Einführung des Euro wird die Kapitalflucht auch mit dem Ziel der Steuerhinterziehung verstärken.

Trickbetrug Die Unkenntnis der Bevölkerung über die Umstände des Bargeldumtausches kann dazu führen, dass Trickbetrüger mit diversen Tatbegehungsweisen vor allem bei Lebensälteren Erfolg haben werden. So ist beispielsweise denkbar, dass Betrüger ältere Menschen aufsuchen und sich als Beauftragte von Kreditinstituten ausgeben, die den Umtausch veranlassen und die alten Bargeldbestände mitnehmen sollen.

Personelle und organisatorische Risiken

Insbesondere in der Umtauschphase werden sowohl Kreditinstitute als auch Wach- und Sicherheitsunternehmen und der Einzelhandel Zeitarbeitskräfte für die Bewältigung von Spitzenbelastungen in Anspruch nehmen. Diese Zeitarbeitskräfte können Insiderwissen erlangen und an potenzielle Täter weitergeben oder selbst Tatgelegenheiten nutzen. Deshalb muss in allen relevanten Bereichen das Personal Zuverlässigkeitsprüfungen unterzogen werden. Insbesondere erfordern die Möglichkeiten der Tatbegehung während der Umtauschphase und Einführung des Euro ein abgestimmtes Vorgehen der Polizeien des Bundes und der Länder, der Finanzverwaltung, der Zentralbanken, der Kreditinstitute, der Geld- und Werttransport-Unternehmen, der Wirtschaftsverbände und des Verbraucherschutzes.

Europäische Zusammenarbeit

Die Einführung des Euro erleichtert die grenzüberschreitende Tatbegehung in vielen Kriminalitätsbereichen.

Rechtsschutzsysteme

Die materiellen und verfahrensrechtlichen Regelungen bezüglich der Strafverfolgung der Euro-bezogenen Kriminalität sind in den Mitgliedsstaaten der EU einheitlich und mit höchstmöglichem Standard zu gestalten.

Europäische Zentralstelle

Zur Bekämpfung der den Euro betreffenden Falschgeldkriminalität sollte eine europäische Zentralstelle eingerichtet oder einer bestehenden Einrichtung entsprechende Befugnisse eingeräumt werden. Zum Beispiel EUROPOL.

30 Prozent mehr Bargeldumlauf

Vertreter von Banken gehen von einem gesteigerten Bargeldumlauf aus, der sich um 30 Prozent über dem normalen Umlauf bewegen soll. Für einzelne Geschäftsstellen wird ein temporärer Barmittelbedarf erwartet, der um das Fünf- bis Zehnfache über dem üblichen liegt. Die ersten drei bis vier Wochen stellen den Zeitraum der stärksten Umtauschaktivitäten der Bevölkerung der teilnehmenden Staaten dar. Im Bankenbereich wird vermutet, dass nach drei Wochen ca. 30 Prozent des umlaufenden Bargeldes in Euro getauscht sein werden. Das wären für Deutschland ca. 90 Mrd. Mark.

In diesen Wochen wird die Belastung des Kassenpersonals und des Einzelhandels besonders hoch sein. Es werden besonders viele Ver- und Entsorgungstransporte unterwegs sein und der Kassenbestand bei Handel und Banken wird hoch sein. Straftaten werden in jedem der angesprochenen Bereichen mit unterschiedlichem Organisationsgrad stattfinden. Der Drogenabhängige oder Kleinkriminelle, der den Kassierer des Supermarktes beim abendlichen Gang zur Bank überfällt, wird ebenso verstärkt auftreten, wie der Überfall mit panzerbrechenden automatischen Waffen auf den geschützten Geldtransport einer Großbank. Intensive polizeiliche Schutzmaßnahmen, die eine Möglichkeit der Gefahrenabwehr im Zusammenhang mit der Euro-Einführung darstellen, können gegebenenfalls zu einer geringen Präsenz und so zu einer Gefährdung in anderen Bereichen führen, beispielsweise zu vermehrten Wohnungseinbrüchen.

Internet

Eine nicht unbedeutende Chance für kriminelle Aktivitäten bietet auch das Internet. Die Ängste in der Bevölkerung hinsichtlich der Werthaltigkeit der neuen Währung und der Umstellungsmodalitäten sind groß. Es ist möglich, dass dubiose Anbieter die Unsicherheit und die Leichtgläubigkeit der Bevölkerung ausnutzen werden. Neue Finanzprodukte müssen daher auf strafrechtlich relevante Hintergründe überprüft werden. Auch im Internet könnten verdeckte Ermittler als Anbieter oder Nachfrager auftreten. Zur Erfüllung derartiger Aufgabenstellung benötigt die Polizei weitere Spezialisten sowie moderne Ausstattung mit geeigneter Technik. Eine Verstärkung polizeilicher Organisationseinheiten, die bereits heute Straftaten in den Datennetzen bekämpfen, erscheint notwendig.

Überweisungsbetrug

Auf den bis zum 30. Juni 2002 gebräuchlichen Überweisungsträgern muss die gewählte Währung eingetragen werden. Die Kombination beispielsweise des D-Mark-Überweisungsbetrages mit dem Euro-Währungskennzeichen verdoppelt den überwiesenen Betrag. Viele Unternehmen kontrollieren die durchgeführten Überweisungen nur mangelhaft, insbesondere, wenn es sich um Beträge unter 5000 Mark handelt, so dass ein solcher Missbrauch häufig unentdeckt bleibt. Es ist auch damit zu rechnen, dass zum Beispiel im Einzelhandel die ungewohnte Vielzahl an Preisen von Einzelhändlern dazu genutzt wird, Beträge und Währungszeichen zu vertauschen oder bewusst falsche Preise anzugeben und so höhere, als die eigentlich geltenden, Preise zu erzielen.

Personal

Eine Inanspruchnahme von Zeitarbeitskräften zur Bewältigung von Spitzenbelastungen stellt in vielen Bereichen einen kriminogenen Faktor dar. Dies gilt vor allem für die Bereiche Geldbearbeitung, Transport und Verwahrung. Ein spezielles Problem können im Zusammenhang mit Geldtransport und -lagerung auch dadurch entstehen, dass organisierte Straftätergruppierungen Kräfte in beteiligte Firmen einschleusen oder im Wege der Korruption Insiderinformationen kaufen können.

Probleme für die Polizei ergeben sich vor allem durch Defizite im Personalbereich, mangelnde oder nicht kompatible Technik, organisatorische Unzulänglichkeiten, Datenschutzprobleme, defizitäre Möglichkeiten der Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch auf nationaler und internationaler Ebene, aber auch fehlende strategische Ausrichtung und Auswertung.

Täter operieren grenzüberschreitend

Demgegenüber stehen Täter, die finanziell und materielle hervorragend ausgestattet sind und über ein weitentwickeltes Know-how verfügen. Ein großer Teil von ihnen wird international bzw. grenzüberschreitend aus dem Ausland heraus operieren. Zwar schafft die Euro-Einführung zusätzliche Tatgelegenheiten und eröffnet Chancen zur Strafverfolgung, allerdings führt dies auch zu einer Steigerung der Belastung von Polizei und Justiz, auf die es sich einzurichten gilt.

Die Polizei muss sich bei der Kapazitätsplanung für den Zeitraum des Umtausches auf eine steigende Anzahl zu bearbeitender Verdachtsanzeigen einstellen. Sie ist noch nicht vom Eis, die Kuh, die Euro-Umstellung heißt. Für die Wirtschaft nicht, für den Verbraucher nicht und auch nicht für die Polizei. Wer dachte, die Einführung der neuen Währung sei lediglich ein organisatorisches und vor allem logistisches Problem und ließe sich, gepaart mit politischer und kaufmännischer Redlichkeit, ordentlich vorbereiten und durchführen, unterschätzt, was alles am Gelde hängt und vor allem: zum Gelde drängt.

(aus DEUTSCHE POLIZEI 10/2001)